



§ 218 StGB - Forderungen an Kommune/Land/Bund

Land

•**Kostenübernahme durch Krankenkassen:** Alle Krankenkassen, unabhängig von ihrem Standort, sollen verpflichtet werden, schnell und unbürokratisch Kostenübernahmen für mittellose Personen zu sichern.

Land

•**Versorgungsverbesserung in NRW:** Die gesundheitliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen muss dringend verbessert werden, insbesondere in ländlichen Regionen, die unter einer unzureichenden medizinischen Versorgung leiden.

Land

•**Medizinstudium – Schwangerschaftsabbrüche als Pflichtfach:** Das Medizinstudium an Universitäten soll so reformiert werden, dass Schwangerschaftsabbrüche als Pflichtfach eingeführt werden, um eine fundierte Ausbildung in diesem Bereich zu gewährleisten.

Land

•**Gewalthilfegesetz – Mitgestaltung durch Frauenverbände:** Das Gewalthilfegesetz soll in enger Zusammenarbeit mit Frauenverbänden weiterentwickelt werden, mit einem besonderen Fokus auf das Umgangsrecht, um eine konsequente Unterstützung für von Gewalt betroffene Frauen zu garantieren.

Kommune

•**Vernetzung kommunaler Parteien zu Schwangerschaftsabbrüchen:** Kommunale Parteien müssen sich stärker untereinander vernetzen und aktiv zum Thema Schwangerschaftsabbrüche positionieren, um eine flächendeckende Versorgung und einen offenen Austausch zu gewährleisten.

Kommune

•**Empfehlungen des Aufsichtsrats an städtische Kliniken:** Der Aufsichtsrat soll Empfehlungen aussprechen, dass städtische Kliniken verpflichtet werden, Ärzte auszuschreiben, die auch Schwangerschaftsabbrüche aus nicht-medizinischen Gründen durchführen, insbesondere an Feiertagen, um späte Abbrüche zu vermeiden.

Land / Bund

•**Verbesserung der Praxisausstattung:** Die Ausstattung von Arztpraxen muss dringend verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen, um eine sichere und zeitgerechte Versorgung zu gewährleisten.

Land / Bund

•**Vergütung von Schwangerschaftsabbrüchen:** Die Vergütung für Schwangerschaftsabbrüche muss deutlich verbessert werden, um eine gerechte und nachhaltige Versorgung sicherzustellen.